

Interview in der Zeitschrift Cicero Heft 07/2005

Wir wollten dieses Scheitern!

Interview mit Gauweiler, Peter und Hänsel, Heike

Seite an Seite kämpften rechte Konservative und linke Globalisierungskritiker gegen die EU-Verfassung. Eine fragwürdige Interessengemeinschaft. Attac-Aktivistin Heike Hänsel und CSU-Politiker Peter Gauweiler geben Antworten.

Die Franzosen und Niederländer haben die EU-Verfassung abgelehnt. Sind Sie nun zufrieden?

Heike Hänsel: Ja, wir sind zufrieden. Schließlich hat Attac für ein Nein gekämpft, und die Menschen in Frankreich und den Niederlanden haben sich das Nein erarbeitet. Es ist ja nicht so, dass mit der Ablehnung einzig und allein Denkmäler an die nationalen Regierungen vergeben werden sollten. Dazu waren die Aufklärungskampagnen zu breit angelegt. Die Menschen haben bewusst mit Nein gestimmt, weil sie das richtige Empfinden haben, dass die Verfassung und damit Europa in eine falsche Richtung gehen. Dieses Nein ist eine klare Absage an die neoliberale Ausrichtung der europäischen Politik.

Peter Gauweiler: Ja. Die offizielle Politik hatte dort – wie bei uns – so getan, als ob eigentlich nur ein Ja zu dieser Verfassung erlaubt sei. Mit ihrem deutlichen Widerspruch haben sich das französische und das niederländische Volk das Recht zur politischen Richtungsbestimmung in eigenen Angelegenheiten zurückgeholt. Das ist ein Sieg gleich zweier europäischer Demokratien über die höfische Berufspolitik, die auf unserem Kontinent lastet wie eine Bleiweste.

Mit Ihrer Ablehnung der EU-Verfassung sitzen Sie in einem Boot mit konservativen Politikern wie Peter Gauweiler. Stört Sie das nicht?

Hänsel: Wir werden zwar immer in ein Boot gesetzt, aber wir sitzen nicht in einem Boot. Wir haben keinerlei Kontakt und es gibt auch keine Zusammenarbeit. Wir haben lediglich in einem Punkt dasselbe Ziel, also das Scheitern dieses Verfassungsvertrages. Aber schon die Frage, welches Europa wir wollen, beantworten wir unterschiedlich. Attac strebt nicht nach einem Europa der Nationalstaaten, so wie Gauweiler und die Nationalisten in Frankreich oder Holland das wünschen.

Und Sie, Herr Gauweiler? Stört Sie die Übereinstimmung mit der Attac-Bewegung?

Gauweiler: Nein, warum denn? Thomas Mann sagt: „Wenn das Boot nach links kippt, setze ich mich nach rechts – und umgekehrt.“ Anders geht es nicht.

Welche Chancen hat die Verfassung noch?

Hänsel: Grundsätzlich halte ich das Vorhaben, Europa eine Verfassung zu geben, für richtig. Der jetzige Entwurf entspricht aber eher einem Vertragswerk als einer Verfassung. Im Bereich Wirtschaft und Außenpolitik wird detailliert eine Politikausrichtung festgeschrieben, das ist aber nicht die Aufgabe einer Verfassung. Wir plädieren dafür, eine demokratisch legitimierte verfassungsgebende Versammlung einzusetzen, in der neben Politikern auch Menschen aus der Zivilgesellschaft sind, aus NGOs, also von den Regierungen unabhängigen Organisationen und Verbänden. Wir wollen eine offene Debatte, anders als wir es bei dem Verfassungsvertrag

erlebt haben, als hinter verschlossenen Türen verhandelt und ein unverrückbares Ergebnis präsentiert wurde.

Gauweiler: Keine. Nach all dem Gerede und Getue der letzten Jahre ist niemand mehr bereit, dem Geschwätz der EU-Apparatschiks zu folgen und dem Ziel – europäischer Einheitsstaat und europäisches Einheitsvolk – irgendeinen Reiz abzugewinnen.

Befürworter der Verfassung argumentieren, sie biete gerade für die demokratische Entwicklung der Union Fortschritte im Vergleich zu den bislang geltenden Verträgen...

Hänsel: Das Argument der Befürworter lautet ja, das Parlament würde durch das Vertragswerk gestärkt und die EU dadurch „demokratischer“. Demokratischer als demokratisch gibt es aber nicht, das ist eine Manipulation der Sprache. Die EU würde allenfalls „weniger undemokratisch“. Dem Parlament werden weiterhin zentrale Kompetenzen vorenthalten, wie etwa ein generelles Initiativrecht für Gesetze in allen Politikbereichen. Durch die Ratifizierung des Vertragswerks würde dies auch noch legitimiert und auf Jahre festgeschrieben. Wir müssen uns die Zeit nehmen, eine progressive, an Grundrechten orientierte Verfassung zu erarbeiten.

Gauweiler: Spätestens seit Maastricht geht die europäische Veranstaltung in die falsche Richtung. Der Figaro schrieb damals: „Maastricht ist wie Versailles ohne Krieg. Die Deutschen müssen zahlen.“ Die supranationale Kompetenzfusion hat die Probleme der Staaten nicht gelöst, sondern verdoppelt, neue Wasserköpfe geschaffen und drängende Aufgaben, die vor der jeweiligen nationalen Haustür warteten, nicht erledigt. Die radikale Einebnung aller Wirtschafts- und Währungsunterschiede zog und zieht die industrielle Substanz von Westdeutschland weg an die EU-Außengrenzen und von dort aus große Bevölkerungsteile mit ihrer billigen Arbeitskraft als Wanderarbeiter zu uns. Was Politik heute als Abschaffung aller Grenzen feiert, ist in Wahrheit ein gigantischer Reinfluss für die kleinen Leute und den Mittelstand: Denn mit den Grenzen wurde auch deren Schutzfunktion beseitigt. Die Europäische Verfassung sollte diesem Fehlschlag noch eine Art Ewigkeitsstempel aufdrücken.

Nach dem Votum in Frankreich und den Niederlanden steckt Europa in einer Krise. Wie kommt man da heraus?

Hänsel: Nicht Europa steckt in einer Krise, sondern das politische Establishment in Brüssel und unsere nationalen Eliten. Die Bevölkerung ist offen für Europa, aber sie will ein sozial gerechtes Europa, eines, das Rücksicht nimmt auf die Schwachen in der Gesellschaft und nicht allein dem freien Finanz- und Warenverkehr des Kapitals dient.

Gauweiler: Zurück zu den Wurzeln der europäischen Idee: Die Öffnung der regionalen Märkte war und ist als wirtschaftspolitisches Ziel etwas anderes als die Umwandlung dieser Märkte in einen Wühltisch im Schlussverkauf. Reisefreiheit für alle und eine Internationale netter Menschen heißt nicht automatisch auch grünes Dauerlicht für Arbeitskräfteimport bei eigener Arbeitslosigkeit. Wechselseitige und freundschaftliche Abstimmung der Regierungen untereinander, ihre Bindung und Einbindung unter dem Dach eines europäischen Völkerbundes ist wiederum etwas anderes als die Entwicklung eines gesichtslosen Zentralkomitees für den gesamten Kontinent, das mit byzantinischer Regelungswut Europa entstaatlicht und es als Ansammlung künstlicher Protektorate missversteht. Europa muss wieder als „versöhnte Verschiedenheit“ begriffen werden. Das ist etwas anderes als „e pluribus unum“ (aus vielem Eins). Das steht im Wappen der USA und war natürlich nur in einem Kontinent von Einwanderern möglich, bei weitgehender Vernichtung derer, die zuvor da waren. Das wären in Europa die Europäer. Mir ist „versöhnte Verschiedenheit“ als Ziel lieber als die Einebnung.

Der Unterschied zwischen den europäischen Ländern, Regionen und Stämmen ist ein Wert für sich. Insofern ist die heutige Krise auch eine Chance für Kopfkларheit.

Was macht Europa realistischerweise mehr aus als eine Wirtschafts- und Handelszone?

Hänsel: Europa hat eine gemeinsame Geschichte mit zum Teil leidvollen Erfahrungen. Das zieht große Verantwortung nach sich, gemeinsam gegen Krieg als Mittel der Politik zu kämpfen. Und zwar nicht nur innerhalb Europas, sondern weltweit. Wer bei Europa nur an den Markt und Wirtschaftswachstum denkt, greift zu kurz. Europa hat auch ein menschliches und soziales Gesicht. Mit der gegenwärtigen Politik der „Lissabon-Strategie“, die Europa bis 2010 zum „dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ machen möchte, und dem Verfassungsvertrag laufen wir Gefahr, diese soziale Dimension zu verlieren. Stattdessen fahren wir einen Globalisierungskurs, bei dem es wenige Gewinner und viele Verlierer geben wird.

Gauweiler: Europa ist in hervorgehobener Weise zum demokratischen Gewissen der Welt geworden. Dieses Gewissen verkörpert nicht die EU, auch nicht das EU-Parlament, sondern der Europarat in Straßburg. Seine Struktur und Organisation ist Spiegelbild der europäischen Demokratie geworden. Der Europarat hat bereits 1950 die europäische Menschenrechtskonvention erlassen, die bei uns wie in allen anderen europäischen Staaten Gesetzeskraft hat. Das ist die eigentliche europäische Verfassung. Durch eine Politik kluger Selbstbeschränkung wird der Europarat zu einer Alternative zur Europäischen Kommission in Brüssel. Dem Europarat gehören übrigens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs alle osteuropäischen Länder einschließlich Russlands und sogar die Türkei an, ohne dass dies irgendjemanden gestört hätte.

Die Ablehnung der Verfassung gründet auch in der Angst vor der Erweiterung der Europäischen Union. Steht uns ein Rückfall in nationalstaatliches Denken bevor?

Hänsel: Es gibt gewisse Abschottungstendenzen. Das hat aber auch soziale Gründe. Die Menschen erleben die Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern als Gefahr, als Konkurrenten um Arbeitsplätze. Dieser Druck wird natürlich erhöht durch niedrige Steuersätze und Löhne. Darum fordern wir Mindeststeuern und Mindestlöhne. Nur so können Ängste genommen werden, nur so lässt sich die Abwärtsspirale aufhalten.

Gauweiler: Johannes Paul II. hat auf die Frage nach der Nation mit dem Hinweis geantwortet, dass das lateinische „patria“ (Vaterland) von „patrimonium“ (Erbe) kommt. Ich denke, dass die Deutschen und alle anderen europäischen Länder ihr kulturelles Erbe wieder mehr hochhalten müssen und dass in einem Europa leistungsfähiger Regionen mehr Kompetenzen im Bereich von Wirtschaft, Steuern, Finanzen und Arbeitsmarkt auch nationalstaatlich wieder nach unten gegeben werden müssen. Bayern ist dafür nur ein Beispiel.

Die Fragen stellte Martina Fietz

.....